



## **Anhörung des Sozialausschusses und des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 15. März 2007**

### **Anhörung Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln**

Sehr geehrte Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass wir heute die Möglichkeit haben, hier im Rahmen der Anhörung Ihrer Ausschüsse eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Mit mir sitzt hier Frau Ute Heyn, Leiterin des Ev. Kindergartens in Borby, Eckernförde, die Ihnen gleich zusammen mit Frau Brozio, der Fachberaterin des Kirchenkreises Eckernförde, einige Ausführungen zur Entstehungsgeschichte und Umsetzung des Familienzentrum Eckernförde der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Borby e. V. machen werden.

Aus unserer Sicht ist es sehr zu begrüßen, dass sich der Landtag und die zuständigen Ausschüsse mit dem Thema Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Familienzentren befasst.

Dieses Thema und insbesondere das Thema frühkindliche Bildung, familienpolitische Notwendigkeiten, demographische Entwicklung etc. sind zurzeit die Megathemen in unserer Gesellschaft und somit ist es mehr als notwendig, dass sich der Landtag mit diesen Themen offensiv befasst. Die vorhandenen Notwendigkeiten werden ansatzweise in der Drucksache 16/1068 vom 15.11.2006 in der Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Fraktion der CDU „Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe“ aufgegriffen.

Diese Ergebnisse sollten nun allerdings auch in konsequente Handlungsschritte umgesetzt werden. Unserer Auffassung nach reicht es nicht aus sich darauf zu konzentrieren, dass – wie in unserem heutigen Falle – Kindertagesstätten mit ihrem Rechtsträger, (unserem speziellen Fall aus kirchlich-diakonischer Verantwortung), auf den Weg machen und sich weiter entwickeln zu Familienzentren, und dies lediglich dadurch, dass die Landesregierung durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und hierzu weiterhin vertiefende Informationen der Landesregierung bereitgestellt werden.

**Lassen Sie es mich an dieser Stelle sehr deutlich formulieren, das reicht nicht, dass ist zu wenig!**

Indem wir in Schleswig-Holstein das Thema frühkindliche Bildung, familienpolitische Konsequenzen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie proklamieren, wie es im übrigen ja auch andere Bundesländer tun, und wir werden gleich hören, wie dies in Nordrhein-Westfalen geschieht, so müssen wir uns auch offensiv Gedanken darüber machen, wie in den einzelnen Verantwortlichkeiten Weiterentwicklungen, die zukunftsfähig und nachhaltig sind, verabredet werden können. Für die Trägerseite von Kindertageseinrichtungen, und hierbei spreche ich sicherlich nicht nur für die Träger von evangelischen Kindertageseinrichtungen, nehme ich eine große Bereitschaft wahr, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Auf der anderen Seite sehe ich auch eine große Ernüchterung, wenn die Zukunftsthemen von der Politik lediglich vorgegeben werden, aber keinerlei „Begleitmusik“ in Form von tatsächlicher Begleitung und Unterstützung für die jeweiligen Einrichtungen vor Ort passiert. Ich meine damit ganz konkret, dass die zur Zeit massive Weiterentwicklung des Kindertagesstättenbereiches (Leitlinie Umsetzung, Leitlinie Bildungsauftrag, Weiterentwicklung zu Familienzentren etc.) die Einrichtungen zum Teil an ihre Grenzen führen, da hier die Rahmenbedingungen struktureller und somit finanzieller Art unzulänglich sind. Dies sollte bei Ihrer weiteren Beratung im Ausschuss, wie im Landtag, berücksichtigt werden, denn es kann weder Ihr geschweige denn unser Interesse sein, dass Einrichtungen durch immer neue Anforderungen überfordert werden.

Dies dürfen Sie gerne als kleinen Exkurs zur allgemeinen Kindertagesstättensituation werten.

Gleichwohl möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir als Verband gerne bereit sind, bei der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Familienzentren offensiv mitzuwirken und dieses wichtige Thema gemeinsam zu bearbeiten. Dies setzt voraus, dass zunächst ein Gesamtkonzept für Familienzentren in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Verantwortlichen entwickelt werden sollte. Dies beinhaltet auch, dass über die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen gesprochen werden muss, und dass auch über Zuständigkeiten von Ministerien, Klärungen erfolgen müssen.

**Lassen Sie mich nunmehr überleiten zu Frau Heyn und Frau Brozio, die an einem konkreten Beispiel, nämlich des Familienzentrums Eckernförde Borby, berichten können, wie eine Weiterentwicklung einer Kindertagesstätte vor Ort zu einem Familienzentrum aussehen kann.**

Markus Potten  
Geschäftsführer VEK